

werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pf., solche aus Halle mit 15 Pf. berechnet und in der Expedition, von unten Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen.

Saale-Beitung.

Einunddreißigster Jahrgang.

(Der Abdruck anderer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei gewöhnlicher Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., monatlich 1 M., einmonatlich 1 M., ohne Postgebühren werden von allen Bestellungen auswärts angesetzt.

Alle die Redaktion verantwortl. Dr. Oswald Schütze in Halle.

(Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg u. Königsb.-Nr. 176.)

Nr. 476.

Halle a. d. Saale, Montag den 11. Oktober.

1897.

Die Sozialdemokratie bei den preussischen Landtagswahlen.

Die Sozialdemokratie hat auf ihrem Hamburger Parteitag einen folgenreicheren Beschluß gefaßt. Im Gegensatz zu ihrer früheren Haltung wird die Partei fortan sich an den Landtagswahlen in Preußen beteiligen. Dieser Entschluß steht im Widerspruch mit dem früher von dem Parteitag ausgesprochenen ausdrücklichen Verbot, unter dem Dreiklassenwahlrecht zu wählen.

Rückfichten nehmen zu müssen, die der Sozialdemokrat nicht feind. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag waren die Meinungen darüber geteilt, ob die Partei durch ihre Wahlbeteiligung Mandate erlangen konnte. Allen, das ist eine Nebenfrage: die Hauptsache ist, ob durch ihre Beteiligung die konservative Partei und insbesondere das Zentrum erschüttert werden kann.

neuen Abschnitt in der Geschichte dieser Partei begründen, sondern vielleicht auch die Zusammenfügung des Abgeordnetenhauses wesentlich beeinflussen. Der Beschluß kam dazu beitragen, die Parteierblichkeit zu verstärken, besonders wenn oben ein starker Zug nach links geht. Die Wahlbeteiligung ist kaum irgendwo auf die Dauer von Nutzen gewesen. Die Demokratie und mit ihr fast das ganze liberale Bürgerthum haben in den fünfziger Jahren, als das Dreiklassenwahlrecht trotzt war, Wahlbeteiligung verflucht.

Der Beschluß des Hamburger Parteitages ist ohne Zweifel ein politisches Ereignis. Vor allem kommt in die Wahlbewegung für den preussischen Landtag ein ganz neues Moment, nämlich die Agitation von sozialdemokratischer Seite. Bisher führten die Konservativen in Preußen in einer großen Menge von Wahlkreisen ein beschränktes Stillsitzen, sie bestritten eigentlich keiner Agitation, weil für sie die ganze Beamtenwelt eintritt und alle jene Personen, die von der Regierung mittelbar abhängig sind.

Daß die Partei beschloß, sich mit anderen Parteien keine Kompromisse einzugehen, ist von geringem Belang; Abmachungen ergeben sich in der Praxis von selbst, ohne daß man sie als Kompromisse zu bezeichnen braucht. Allerdings wird namentlich in den Großstädten und in den Industriebezirken bisweilen die Sozialdemokratie auch in der dritten Abtheilung in Wettbewerb mit dem Freisinn treten, ohne daß hier jedoch daran zu denken wäre, daß der Sozialdemokrat das Minimum ziele.

Der sozialdemokratische Beschluß wird daher namentlich auch für den Bund der Landwirthe ungenau werden, jedenfalls wird er dazu beitragen, den bevorstehenden Wahlkampf zu beleben und zu verschärfen und die Ansichten der Regierung und der Rechten zu verwickeln.

Deutsches Reich.

Sozial- und Personalnachrichten. Berlin, 10. Okt. Der Kaiser nimmt im Sonntagsklub Substratlos regelmäßig Vorlesungen entgegen und erleidet Verzierungsgefallen. Heute vormittag begaben sich der Kaiser und die Kaiserin nach Rheinstadt, um der Einweihung der neuen Kirche dabei zu bewohnen.

Herbstfeier in Weimar.

Von Philipp Voderat.

Die Generalversammlung der Goethegesellschaft.

Die Generalversammlungen der Goethegesellschaft pflegten sonst mit einem Vortrage über ein die Goethegemeinde interessirendes Thema zu beginnen, an den sich dann die Jahresberichte der einzelnen Verwaltungen angeschlossen.

Wissenschaftl. Rump (aus Frankfurt a. M.) wählte die Versammlung durch Acclamation den gesammten bisherigen Vorstand für die nächste Periode 1897-1900 wieder, worauf die Mitglieder des Vorstandes die Wahl annahm.

Eine interessante Mittheilung machte Geheimrath Hülshaus als Direktor des Goethe-Museums. Sie zeigt, wie stark und wie weit das Interesse an der weimarer Goethe-Verbreitung verbreitet ist. Sein Amtsantritt kam erst vor einigen Tagen einvertheiltes Paket an. Sein Absender ist ein Graf Clemon, dessen Großvater, eine Frau v. Sudendorf, in den zwanziger und dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts als Gattin des französischen Gesandten in Weimar lebte.

Andenken aus ihrer weimarer Zeit, Schriftstücken von Goethe und anderen, später nach Frankfurt mitgenommen. Ihr Entel, Graf Clemon, sandte nun den ganzen Schatz, dessen Hauptstücke die bisher unbekanntem Goethe'schen Handschriften sind, mit einem lebenswichtigen Schreiben nach Weimar, weil sie ja nirgends so gut aufgehoben sein könnten als im alten, ehrenwürdigen Goethehaus.

An Anfragen aus der Versammlung war seitens des Herrn von Krüger der bereits oben Vorhanden genutzte Vorlesung eingeladen, im Archivräume eine Marmonirthe der verewigten Großherzogin zum dauernden Andenken an die hochgeehrte und freigebige Stifterin aufzustellen. Es bedarf keines Hinweis, daß dieser Antrag selbstverständlich von allen mit Freunden angenommen wurde.

Aber das Dürftige ist es nicht allein, was diese Goethegabe schon macht. Das Unvollständige, was nebenbei liegt, hat noch weit mehr Reiz. Da wandelt man durch die alten Straßen, geht über die Almhäuser zu dem hell erhellenden Bau des Goethe- und Schillerarchivs, betritt die großen, weiten Räume und sieht in den Schaufenstern, die dort von den Herren Assistenten Dr. Wable, Dr. Preisman und Dr. Schuddebeck angefüllt sind, Schriftstücke von dem Nachlass Goethe's, Schiller's, Hebel's, Goethe's, Otto Ludwig's und anderer Goethegelehrten. Man schäudert dann weiter gen Tiefurt, wo das vergessene Schicksal uns grüßt, und begegnet unterwegs dem Stille der ersten Marie Adamant-Seebad, wo alte und insalubre Schicksale lebensvolle Pflege finden, — auch dies Haus hat seine Stifterin vor kurzem verloren und steht nun verwaist da, wie das Archivräume. Wenn man dann wieder zur Stadt zurückkommt, lenkt man den Schritt zu den Tiefurt.

diesem Jahre. Wenn Industrie und Landwirtschaft nicht in der Folge noch schwerer geschädigt werden sollen, so wird es hohe Zeit für die Eisenbahn-Verwaltung, umfassende Vorarbeiten zur Beseitigung des immer empfindlicher eintretenden Wagenmangels zu ergreifen. Die Zahl der neuerdings seitens der preussischen Staatsbahnenverwaltung unter der Hand vergebenen leichten Güterwagen beträgt, nach der „Holl. Zeitung“ nahezu 2000, dazu werden demnächst 8000 offene Güterwagen kommen. Dadurch, wie auch durch frühere Aufträge würden die Eisenbahnwagenfabriken bis ins nächste Frühjahr hinein voll beschäftigt sein. Manche von ihnen können nur Aufträge auf entferntere Lieferung übernehmen, wie die Wagenfabrik des Bochumer Vereins, die überhaupt mit Arbeit überhäuft ist. Diese 10,000 Wagen, die noch dazu erst in einer Reihe von Monaten fertigzustellen sind, können natürlich dem jetzigen Mangel, der von anderer Seite bereits auf 20,000 Wagen beziffert wird, durchaus nicht abhelfen, zumal inzwischen wieder ja und so viele hundert Wagen außer Gebrauch kommen. Ebenfalls wird der Landtag in dieser Angelegenheit einmal ein ernstes Wort reden müssen; es handelt sich hier um einen Uebelstand, von dem, wie schon gesagt, alle Kreise betroffen werden.

Verwaltung und Reichstages.

* Auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts ist das Reichs-Eisenbahngesetz, der eine Verarmung des Vereinsrechts, Nordholl. darüber unmöglich macht, daß es aus Antipathie gegen einen Bauverein die ihm der Post zugewogene schriftliche Anmeldung der Verarmung nicht annimmt. Es ist das dem Eisenbahngesetz in Art. 300. Nun wäre ja nichts einfacher gewesen, als das der Herr Landrat, an den der Eisenbahngesetz telegraphisch appelliert, den Eisenbahngesetz angewiesen hätte, das zu thun, was er nach seinem Amte verpflichtet ist. Aber der Herr Landrat Herr Stroh in Grimma antwortete: „der Eisenbahngesetz muß erst gehört werden.“ Vorläufig ist also die Verarmung nicht stattgefunden, und wenn es auch bis zum nächsten Male gethan, dem Herr Eisenbahngesetz hier zu machen, das er einen reformirten Reichs-Eisenbahngesetz, Nordholl. angewiesen muß, so ist damit auch noch keine Sicherheit dafür geschaffen, daß das Vereins- und Versammlungsrecht in geklärt Weise zur Anwendung gebracht wird.

* Nach wiederholten Wahrnehmungen des Arbeitsministers sind Anträge, die über die unangenehme strafrechtliche Verurteilung Eisenbahnbediensteter von der Staatsanwaltschaft oder von anderer Seite an Justizbehörden über den Dienst hinaus geschickt worden, unmittelbar von diesen beantwortet worden. Dieses Verfahren kann der Minister aber, wie er dem Reichstag Eisenbahndirektionen jetzt mittheilt, nicht gutheissen, da hierdurch der Entschiedenheit der vorgelegten Eisenbahndirektion über die Frage vorgegriffen wird. Er bestimmt daher, daß solche Anträge, gegebenenfalls mit gutachtlicher Besprechung, auf dem Dienstwege zur Erledigung an die zuständige Eisenbahndirektion weiter geschickt werden. Die Interventionen und Dienststellen sind dementsprechend zu verhandeln.

* Zu gut unterrichteten Kreisen erzählt sich offiziöse Nachrichten zufolge die Umahme, daß zum 1. Jan. n. J. nicht nur das Oberpräsidium der Provinz Hannover, sondern auch das der Provinz Sachsen frei werden dürfte.

* Groben Aufzug sollte der sozialdemokratische Reichstags-Neufried in Breslau bewirkt haben, weil er in einem Briefe der Dresdener „Volkswacht“ über die Schanfer von „Wochenpartisanen“ geschrieben hatte. Das Schöffengericht aber sprach den Angeklagten frei.

* Nach einer Meldung des grandenzer „Freitag“ werden seit einigen Tagen die Abendtage auf der Strecke Schwab-Terespol von einem Schaffner begleitet; der Lokomotivführer hat mit der Revision der Fahrkarten nichts mehr zu thun. Diese Neuerungen ist eine Folge der bekannten Schöffengerichtsbekämpfung über den Fall Grütter.

Waldwirtschaftliches.

* Mit dem Erlaß des Reichstags über die Durchführung der Organisation des Handwerks ist die Gewährung gegeben, daß in allen Bundesstaaten zuerst die Zwangs- und Organisationsorganisation zu einem gewissen Abschluß gebracht werden soll, ehe an die Errichtung von Handwerkskammern herangegangen wird. Eine solche Eintheilung der aus der letzten Generalsversammlung sich ergebenden Arbeiten erschien uns so nöthiger, als sonst die in der letzten Handwerksversammlung, zu erwarten. Gewerbevereine und sich für die Errichtung von Handwerkskammern hätten beizugehen können, den übrigen, gegenwärtig nicht fortgeführten Handwerksvereinen aber nicht einmal die Gelegenheit gegeben worden wäre, bei den Wahlen mitzuwirken. Ob und in welchem Umfange diese Befreiungen von der Gewerbesteuer Gebrauch machen werden, bleibt abzuwarten.

* Amerikanische Butter soll demnächst auf dem deutschen Markt erscheinen. Wie der landwirthschaftliche Sachverständige bei der deutschen Volkswirtschaft in Washington der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft mitgeteilt hat, soll bereits in Hamburg ein Quantum nordamerikanischer Butter zum Verkauf liegen. Nach Mittheilungen, die der Vorstand der Abteilung für Volkswirtschaft in amerikanischen Landwirtschaftsministerium dem deutschen Sachverständigen gemacht hat, kostet der Transport vom State Minnesota bis nach England auf den Markt 2,5 Cts. auf Hund oder 23 Pf. auf Kilogramm, wobei die Butter sowohl während der etwa 2000 km langen Vahnsahrt, als auch während des Seetransports ununterbrochen in Kältehalten mit einer dem Gefrierpunkte nachfolgenden Temperatur gehalten wird.

* Die englische Zeitung für Wollindustrie, „The Miller“ bezeichnet es bei Einführung des Wollunternehmens in London als bemerkenswerth, daß London als der größte Handelsplatz für Wollen in der ganzen Welt bisher ohne Terminmarkt ausgekommen ist. Es läge hierfür obsolet kein Grund vor, vielmehr erzielten die jetzigen Verhältnisse eine unbedingte Abhilfe. Der Terminhandel sei eine Nothwendigkeit geworden, welche durch seine Einführung fortbeseitigt werden kann.

ebenfalls müsse Wollen auf Termin verkauft werden und daher sei die Frage natürlich, weshalb dies nicht erfolgt ist in London wie in Liverpool geschehe. Wollhändler mit größtem Betrieb seien nicht imlande, ohne Terminhandel auszukommen.

* In einem Proseß gegen 17 Verkäufer und Verkäuferinnen, sowie 16 Vorstandsmitglieder der böhmischen Beamten-Vereinigung wegen Verkauf von Nachwaren, die in deren eigener Kasse hergestellt waren, an Reichstagsmitglieder, hat im Gegenstand zu den beiden Sachinstanzen entschieden, daß die Vereinigung wegen Verkauf von Nachwaren nicht als Konsumverein, sondern als Produktionsgenossenschaft anzusehen sei. Die Urtheile der Instanzen wurden deshalb aufgehoben und die Angeklagten, darunter mehrere höhere Beamten, und Gerichtsbeamte, darunter mehrere höhere Beamten, sind nach dem Urtheile angeklagt. Die Urtheile sind für Konsumvereine, Beamten-Vereinigungen u. v. m. von großer Wichtigkeit.

* Der Vorstand des von der Berliner Universität Dr. W. Kaufmann und der bisherige Sekretär des Berliner Schutzvereins griechischer Gläubiger, Hoehler, sind dem deutschen Delegierten zur griechischen Finanzkommission beigegeben und nach Athen abgereist.

Sache und Recht.

* Nach einer vom Minister der Unterrichts- u. Angelegenheiten unter dem 24. Juli getroffenen Entscheidung sind vom 1. April d. J. auch den nichtakademischen vollbeschäftigten wissenschaftlichen Hilfslehrern die Gehälter erhöht worden. Die Gehälter betragen vom 4. Mai 1892 festgesetzt 2100 M. zu gewähren. Die dadurch entstehenden Mehrausgaben sind aus Mitteln des Reichs-Eisenbahngesetz zu bestreiten. Sollte sich gleichwohl im einzelnen Falle infolge jener Mehrausgaben bei der betreffenden Anstaltskasse ein Zahlungsrückstand vermeiden lassen, so ist wegen dieser Zahlung gegen Schluß des Rechnungsjahres unter Einreichung eines vorläufigen Einzelabschlusses an den Minister zu berichten.

Parlamentsnachrichten.

* Angesichts der neuerdings selbst in die an die sächsischen Kreise verlegten angrenzenden Distrikte Hinterproppomerns hineingetragenen polnischen Propaganda ist jetzt unter Vereitigung des sächsischen Kreis-Schulinspektors — die polnische Schulpolitik vor bemüht, die Wirkungen des deutschen Schulunterrichts thümlich zu beeinträchtigen oder abzuweichen — die Schulinspektoren in einem Vortrage im Hauptamt übertragen worden. Wähler vor in der Provinz Pommern durchweg von der Befehlung von Kreis-Schulinspektoren im Hauptamt abgehen werden, und die Staatsregierung hat sich, wie offiziös berichtet wird, erst dann zu einer Ausübung von dieser Regel entschlossen, als die polnische Propaganda fast ganz getrieben worden.

Kolonialangelegenheiten.

* Die Vorbereitungen für die Ausstellung eines Entwurfs über den Eisenbahnbau in Deutsch-Südwestafrika werden mit großem Eifer betrieben. Ein Mitglied der Kolonialabteilung ist von seinen bisherigen Decorenten entbunden und nicht mit der Ausarbeitung der besonderen Vorlagen für Südwestafrika betraut worden. Danach ist anzunehmen, daß dieser Entwurf dem Reichstage sofort bei seinem Zusammenritte zugehen wird.

Arbeiterbewegung.

* Die Wiedereröffnung der Arbeit seitens der streikenden Berliner Formier wird heute (Montag) in 55 Gewerbetrieben erfolgen. Nach den Ermittlungen der Polizeibehörde sollen 356 Formier und Gewerbetreibende sofort Beschäftigung erhalten, während 60 noch weiter unterthätig werden müssen. Ein Theil der Gewerbetreibenden ist bereit und kann vorläufig keine Formier einstellen. Die Werkstätten, welche theilweise durch den Ausbruch ihre Arbeit verloren hatten, sind fast sämtlich wieder voll beschäftigt. An allen Werkstätten, wo heute die Arbeit wieder aufgenommen wird, muß die Arbeiter sich schriftlich verpflichten, diejenigen, welche während des Streiks gearbeitet haben, weder durch Wort noch That innerhalb oder außerhalb des Betriebs zu beleidigen oder zu belästigen.

* Zur erfolgreichen Bekämpfung der Ausstände im Range wurde beabsichtigt, der Berliner Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister Wohnwagen zu ergreifen. Der Bund will durch eine Eingabe an das Ministerium ein wirksames Eingreifen der Polizeibehörde bei Ausständen und Hausperren herbeiführen. Das Anstellen von Streikposten, das Anstellen der Wachen, sowie das Verleihen der Zubehörsachen zu den getretenen Posten soll durch Polizeiverfügung unterjagt werden.

See- und Marine.

* S. M. S. „Charlotte“, Kommandant Kapitän zur See Thiele (August), ist am 8. d. M. S. „Nixe“, Kommandant Korvettenkapitän Wrede, am 9. d. M. S. in Madeira angekommen und beabsichtigt, am 10. bezw. 12. d. nach Las Palmas in See zu gehen. S. M. S. „Prinzess Wilhelme“, Kommandant Kapitän zur See Thiele (August), ist am 8. d. in Tschifu angekommen und am 9. d. nach Hongkong zu segeln. S. M. S. „Cormoran“, Kommandant Korvettenkapitän Wredel, ist am 4. d. in Nagasaki, und S. M. S. „Gneisenau“, Kommandant Kapitän zur See Dörmann, am 8. d. in Rio de Janeiro angekommen. S. M. S. „Dyane“, Kommandant Kapitän-Vizeamt Wrede, beabsichtigt am 10. d. von Rotterdam die Heimreise fortzusetzen. S. M. S. „Pell“, Kommandant Korvettenkapitän Wredel, ist am 8. d. in Grimsby angekommen und am selben Tage wieder in See gegangen.

Sozialdemokratischer Parteitag.

VII.

F. S. Hamburg, 9. Okt.

Heute, am letzten Tage, wurde zur Abstimmung geschritten, und zwar wurde zunächst darüber namentlich abgestimmt, ob der Kölner Beschluß, der den Genossen die Vertagung an den preussischen Landtag zu veranlassen verbietet, aufgehoben werden soll. Es stimmten, wie schon telegraphisch gemeldet, für die Aufhebung des Kölner Beschlusses 160, gegen die Aufhebung 50 Delegirte. Der Kölner Beschluß ist danach aufgehoben.

Es folgte alsdann namentliche Abstimmung über den Antrag Schmitt-Wünnen: Die Entziehung über die Vertagung der Genossen an den preussischen Landtag zu veranlassen, die Vertagung der preussischen Genossen. Es stimmten 167 mit Ja, 20 mit Nein. Der Antrag Schmitt wurde danach abgelehnt. Die Resolution Bebel, Punkt 1 und 2, lautet:

Der Beschluß des Kölner Parteitag, der den preussischen Parteigenossen die Vertagung an den Landtag zu veranlassen auf Grund des Dreifachwahlsystems unterjagt, wird aufgehoben. Dagegen wird beschlossen:

1. Die Vertagung an den nächsten preussischen Landtag zu veranlassen ist überall geboten, wo die Verhältnisse eine solche den Parteigenossen ermöglichen.

2. Inwieweit eine Wahlvertagung in den einzelnen Wahlbezirken möglich ist, entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse.

Wird hierauf mit einem Zusatzantrag von Mittag-Salle a. S.: den Punkt 2 der Resolution Bebel hinzuzufügen:

„Kompromisse und Bündnisse mit anderen Parteien dürfen nicht abgeschlossen werden.“

angekommen. Die weiteren Punkte der Bebel'schen Resolution wurden durch Annahme dieses Zusatzantrages erledigt. Es wurde danach über die Bebel'sche Resolution, Punkt 1 und 2, mit dem Antrag Mittag-Salle, noch namentlich abgestimmt. Es stimmten 145 mit Ja, 64 mit Nein. Ein Delegirter erhielt sich der Abstimmung. Die Resolution Bebel in der nunmehrigen Fassung wurde danach angenommen.

Es wurde hierauf zu dem Thema „Organisation“ übergegangen. Ein Antrag der Braunschweiger Genossen:

„Der Parteitag wolle den Chefredacteur des Centralorgans, fest die Höhe seines Gehaltes fest und ertheilt diesem das ausschließliche Recht, die anderen Mitglieder der Redaktion, sowie die Vertreter anzustellen und die Höhe ihres Honorars zu bestimmen. Kein Mitglied der Redaktion darf Mitglied der Redaktion des Centralorgans sein.“

erhielt nicht die nöthige Unterstützung.

Abg. Auer beantwortete den Antrag: „Den Sitz der Parteileitung wiederum nach Berlin zu verlegen.“ Auer führte aus: Die Verlegung der Parteileitung nach Hamburg ist aus Anlaß des bekannten Proseßes, der gegen die damaligen Mitglieder der Parteileitung und wegen angeblicher Verletzung des Vereinsgesetzes in Berlin geführt wurde, erfolgt. Selbstverständlich sei die Verlegung nur ein Provisorium gewesen. Da schließlich die damaligen Angeklagten sämtlich endgültig freigesprochen worden seien, so liege kein Grund mehr vor, daß Provisorium noch weiter bestehen zu lassen. Es sei ja die Möglichkeit einer weiteren Verlegung der Parteileitung in Aussicht zu nehmen, wenn es sich um eine Verlegung in Berlin, dem Mittelpunkt allen politischen Lebens, zu haben. Er empfehle daher die Annahme seines Antrages.

Der Antrag Auer gelangte danach einstimmig zur Annahme.

Es lag der Antrag vor:

„Die Genossen sind verpflichtet, 10 Proz. der Einnahmen ihrer Lokalfestn der Partei-Centralkasse zu überreichen.“

Jahn-Berlin beantwortete diesen Antrag und führte aus: Es besteht kein Grund, daß diesen Anträge überall werden sollte gegeben werden. Von den Provinzialen gelte das Sprichwort: „Sie wollen die Berliner, doch ihre Gelder nehmen sie gern.“ (Heiterkeit.)

Der Vorsitzende Singer bemerkte: Wenn der Ausdruck „Provinzial“ sich auf hier anwesende Delegirte beziehen sollte, dann müsse er denselben als ungeschicklich zurückweisen.

Nach kurzer Debatte gelangte der Antrag zur Annahme.

Wegen Abhaltung des nächsten Parteitag lagen Einladungen aus Stuttgart, Magdeburg, Dresden, Hannover und Dortmund vor. Mit sehr großer Mehrheit wurde Stuttgart als Abhaltungsort für den nächsten Parteitag gewählt.

Es lagen ferner mehrere Anträge vor, die sich auf die Tagesordnung des nächsten Parteitag beziehen. Von dem Genossen Jahn-Henrichs a. W. wurde beantragt:

„Für den nächsten internationalen Kongress die Frage anzunehmen: Wie verhalten sich die Sozialdemokraten aller Länder im Falle einer Kriegserklärung?“

Dieser Antrag erlangte nicht die erforderliche Unterstützung. — Auf Antrag des Abg. Auer wurde beschlossen: Die Anträge sämtlich der Parteileitung zur Berücksichtigung zu überweisen.

— Die Parteigenossen des 5. sächsischen Wahlkreises beantragten:

„Der Parteitag möge dahin wirken, daß Polemiken zwischen Parteimitgliedern, die einen persönlichen und beleidigenden Charakter tragen, in Zukunft unmöglich gemacht werden.“

S. Jandermann-Dresden empfahl die Annahme des Antrages.

Es würden seit einiger Zeit Polemiken in einer so persönlichen Form in den Parteiblättern geführt, daß die Partei in der öffentlichen Meinung an Achtung verlieren müsse.

Abg. Bebel: Er halte es für notwendig, daß der sächsischen Parteitag die Sache der Parteipresse beschreibe. Im übrigen erlaube er, den Antrag abzulehnen und sich mit der Debatte zu begnügen, da sich sonst der Parteitag in der Öffentlichkeit lächerlich machen könnte. Er wisse nicht, in welcher Weise der Parteitag den Antrag ausführen könnte. — Eine Anzahl weiterer Anträge wurde nicht unterstützt. Es trat alsdann eine Pause ein.

Die Wahl des Parteivorstandes fand mittels Stimmzetteln die Wahl des Parteivorstandes statt. Es wurden gewählt:

der Abgeordnete Singer und Bebel zu Vorsitzenden, Abg. Gerich zum Kassierer, Fannsch und Abgeordnete Auer zu Sekretären. Als Controlleure wurden gewählt: Dübber-Hamburg, Jahn-Berlin, Kerner-Hannover, Meißner-Berlin, Dörmann-Hannover, Kerner-Hannover und Jahn-Berlin.

Der Wahlvorstand des Parteivorstandes, der unter dem Namen „Zehn Gebote-Sozialisten“ bei den Berliner Sozialdemokraten bekannt ist, erhielt 10 Stimmen als Vorstandsglied.) — Während der Bestimmung des Wahlleiters fand eine photographische Aufnahme der Parteitagsgenossen statt.

Abg. Singer betonte im Schlußwort, daß der Parteitag der letzten sozialdemokratischen Revolution: „Sein Bündnis mit den bürgerlichen Parteien, trennen“ sein gelte. Was auch die Zukunft bringen möge, die Sozialdemokratie wolle, daß sie unauferheblich sei. Sie werde trotz aller Verfolgungen das Königthum von Gottes Gnade und alle bürgerlichen Republiken überdauern. Sie werde ihre Thätigkeit nicht er einstellen, bis eine Welt geschaffen sei, in der es weder Herren noch Knechte geben werde.

Singer schloß den Parteitag mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Die Delegirten verließen unter dem Gesänge der Andorff'schen Marschälle den Saal.

Die Abtheilung für **Knaben-Anzüge** und **Knaben-Mäntel** befindet sich jetzt, nach bedeutender Vergrößerung, im Rathskeller-Neubau. **Die Auswahl in allen Artikeln entspricht dem grossen Umfange des Abtheilungs-Geschäfts und auf das denkbar Niedrigste festgesetzt.** **J. Lewin** Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

